

Kommt ein „Frühling der Völker“?

Gespräch mit dem Politologen Jerzy Maćków

- 1. Einflussreiche ideologische Projekte der Gegenwart haben einen revolutionären Charakter, aber an der Wende der Jahrtausende werden in der Wissenschaft erneut die Konzeptionen vom „Ende der Geschichte“ verbreitet, die das Ende der Revolutionen und die Ära einer evolutionären Entwicklung andeuten. Glauben Sie, dass es in modernen Gesellschaften noch irgendwelches Revolutionspotenzial gibt? Inwiefern sind neue globale oder lokale Impulse zu radikalen Veränderungen der bestehenden Systeme wahrscheinlich?**

Ich bin nicht der Meinung, dass die Erfahrungen des 19. und des 20. Jahrhunderts grundsätzlich die These untermauern, die Folge der Revolution sei der Fortschritt. Wie Sie sehe ich Revolution als einen radikalen Systemwechsel (ob im Zuge dieses Wechsels Gewalt angewendet wurde, ist dabei zunächst nicht ausschlaggebend). Die Reform betrachte ich hingegen als einen Systemwandel (nicht Wechsel), der der Radikalität entbehrt. Nun sind die meisten Revolutionen des 19. und des 20. Jahrhunderts leider durch eine maßlose Anwendung der Gewalt gekennzeichnet. Gerade dieses Ausarten der Gewalt trübt das moderne Verständnis der Revolution: Sie wird häufig der Gewaltanwendung geradezu gleichgestellt. Nun führt die „revolutionäre“, massive Gewaltanwendung immer dazu, dass das positive gesellschaftliche Veränderungspotential nicht genutzt, sondern vielmehr minimiert wird. Gerade deshalb werfen ausgerechnet die gewaltvollen Revolutionen immer die Frage auf, ob es damit nicht zu einer Restauration der alten Ordnung gekommen ist, die die negativen Züge des alten Regimes verstärkt. Für mich ist die Erfahrung der europäischen Moderne ganz klar: Die meisten Revolutionen haben mit dem Fortschritt – was er sein kann, darüber muss allerdings noch gestritten werden – absolut nichts zu tun. Das ändert aber kaum etwas daran, dass friedliche Revolutionen, wie jene, die in den achtziger Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts in Zentraleuropa begannen, durchaus das Leben und die Zukunft der betroffenen Gesellschaften zu verbessern imstande sind.

Was das „Ende der Geschichte angeht“, so habe ich in den letzten Jahrzehnten kaum etwas Naiveres gehört als diese These. Fukuyama sah nach dem Ende des Kommunismus die Epoche der liberalen Gesellschaft aufbrechen, worin er die Lösbarkeit der zentralen gesellschaftlichen Probleme – Freiheit, Sicherheit, Gleichheit, Wohlstand – erblickte. Aber die zentralen Probleme der Menschen und der Gesellschaften sind nicht so einfach

bzw. gar nicht lösbar, sei es nur deshalb, weil die Menschen mit den Unzugänglichkeiten ihrer Gesellschaft immer unzufrieden sein müssen.

Darüber hinaus haben ausgerechnet die nun postkommunistischen Gesellschaften mit dem Ende des sozialistischen Systems die Chance erhalten, an ihre durch den Kommunismus unterbrochene Geschichte anzuschließen. In diesem Zusammenhang vom „Ende der Geschichte“ zu sprechen, bedeutet, von der Wichtigkeit der Historie für die totalitär verfassten Gesellschaften keine Ahnung zu haben.

Was schließlich das revolutionäre Potenzial der „modernen Gesellschaft“ angeht, so gibt es in der heutigen Welt nicht nur moderne westliche Gesellschaften. Neben ihnen existieren auch die – aus der westlichen Perspektive – durchaus vor-modernen Gesellschaften anderer Kulturkreise. Zweifellos sind weder die muslimischen Gesellschaften noch die postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas uneingeschränkt als „modern“ einzuschätzen. Mir scheint, dass die islamischen Gesellschaften eine friedliche Revolution, die ihre antiquierten Strukturen grundlegend verändert, durchaus brauchen würden. Ähnliches gilt für die Ihnen sehr gut bekannten postkommunistischen Gesellschaften mit einem autoritären System.

2. In Ihrem Buch „Am Rande Europas“ analysieren Sie die politische Geschichte und gegenwart in unserem Teil der Welt – in Polen, Litauen, Belarus und in der Ukraine. Glauben Sie, dass wir angesichts der drastischen politischen Veränderungen in Serbien, Georgien und vor kurzem in der Ukraine Grund haben, von einer „Revolution“ zu sprechen?

Die spektakulären Ereignisse in der Ukraine, in Serbien und Georgien verliefen friedlich. Die Bewegungen, die sie getragen haben, haben sich auf ihre Fahnen Demokratie, Freiheit und nationale Unabhängigkeit geschrieben. Insofern können diese Ereignisse zu Entwicklungen führen, die in einen grundlegenden innen- und außenpolitischen Systemwechsel münden können. So ist es mit den friedlichen Revolutionen: Sie rufen konsequent durchzusetzende, oft sehr schmerzhaft und in der Mehrheit des Volkes durchaus unpopuläre Reformen hervor. Wenn diese Enge von „Revolution“ und „Reform“ wie ein Paradox erscheint, so freue ich mich darüber, dass es in Europa endlich derartige begriffliche Probleme gibt und nicht unbedingt Probleme mit den Todesopfern gewaltsamer Revolutionen.

Ich würde es mir anders wünschen, aber Belarus und die Ukraine gehören heute nicht zu dem Teil der Welt, zu dem Polen und Litauen gehören. Die Ukraine, sollte sie ihre friedli-

che Revolution konsequent vollenden, könnte allerdings in einigen Jahrzehnten (20 – 30 Jahre) ein Teil jener europäischen Wirklichkeit werden, in der sich Litauen und Polen bereits befinden. Belarus ist heute noch weit davon entfernt. Ich habe ein Buch über einen „Teil der Welt“ geschrieben, der keiner mehr ist. Ich habe es aber mit der Hoffnung und auch Gewissheit geschrieben, dass die von Ihnen genannten Länder, die einige Jahrhunderte lang eine multikulturelle politische Einheit darstellten, nur dann allesamt gute Entwicklungschancen haben werden, wenn sie wieder Teil einer multikulturellen politischen Einheit werden. Diese Einheit heißt heute „Europäische Union“ und jene Länder der historischen Rzeczpospolita – der Republik beider Nationen – die ihr noch nicht angehören, werden ihre Mitglieder sein können, wenn sie ihre Nationenbildungsprozesse vorantreiben.

Gerade die nationale Bewegung, die wir heute in Osteuropa beobachten können, stellt die Klammer dar, welche die revolutionären Befreiungsbewegungen des 19. Jahrhunderts mit den Ereignissen in der Ukraine, in Serbien und Georgien verbindet.

3. Auf welche Art und Weise sind politische Veränderungen in diesen Ländern mit dem Wandel des nationalen Bewusstseins verbunden? Ist die These richtig, dass die „Orangene Revolution“ wegen der Besonderheiten der politischen Kultur der Ukrainer möglich war? Inwieweit bestimmt die gegenwärtige Lage die Geschichte der Belarusen, Litauer und Ukrainer?

Die Orangene Revolution in der Ukraine stellt ein Musterbeispiel dafür dar, wie die Demokratisierung mit dem nationalen Bewusstsein zusammenhängt. Bei diesem Wandel handelt es sich schlicht um die Nationenbildung und die Verbreitung der nationalen (bzw. nationalistischen) Idee, die besagt, dass Nationen das Recht auf politische Souveränität haben. In der postsowjetischen Wirklichkeit bedeutet dies einen Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit, die angeblich einen Teil des langen Marsches der Menschheit hin zu einer glorreichen Zukunft darstellte. Vermeintlich entsprang der Marsch den universalen Gesetzen der Geschichte. Solche Gesetze existieren aber nicht, und das Ende der Welt kann jederzeit kommen (nur in diesem eschatologischen Sinne kann es übrigens ein Ende der Geschichte geben).

Für die ukrainische Nationenbildung ist es wichtig, dass die Orangene Revolution ein Ereignis darstellt, das alle Teile des Landes, alle Schichten und ethnischen Gruppen insofern angeht, als es die Chance bietet, die Geschicke des Landes durch die Bürger bestimmen zu

lassen. So ein Ereignis gab es in der bisherigen Geschichte der Ukrainer, die immer kulturell, religiös, national, ethnisch, sozial und ökonomisch gespalten waren, nicht.

Für mich sind der Polnische Sommer des Jahres 1980 und die Orangene Revolution durchaus vergleichbar, obwohl sie sich unter anderen Bedingungen und zu unterschiedlichen Zeiten ereigneten. In beiden Fällen handelte es sich um eine Volksbewegung, die die Demokratisierung des politischen Systems und die Unabhängigkeit des Staates mehr oder weniger direkt forderte und die Entwicklung eindeutig in diese Richtung lenkte. Diese Verbindung der nationalen und der bürgerlich-demokratischen Idee wird im Westen häufig ignoriert und fast immer missverstanden. Diese Allianz stellt aber ein zutiefst westliches Phänomen dar, haben sich doch die westeuropäischen Demokratien im Rahmen der unabhängigen Nationalstaaten entwickelt.

Die westeuropäische und die amerikanische Gesellschaft unterscheiden sich so stark von den postsowjetischen Gesellschaften, dass der Einfluss der Letztgenannten auf die Entwicklung des Westens kaum vorhanden ist. Die Nationalisierung des postsowjetischen Raumes bedeutet aber zweifellos einen epochalen Wandel, der den Westen außenpolitisch sehr stark beeinflussen wird. Vor allem wird der Westen seine Politik gegenüber Russland neu definieren müssen. Er tut es teils ungerne, weil er sich mit der Unfreiheit der unter russischer Herrschaft lebenden Völker längst – noch vor Jahrhunderten – abgefunden hatte. Man muss dafür auch ein bisschen Verständnis haben (ohne allerdings diesen Verrat an Freiheit zu rechtfertigen). Die ostslawischen Völker gerieten schließlich bereits zwischen dem 17. und dem 18. Jahrhundert unter die Moskauer Tyrannei, so dass sich die westlichen Staaten an die Unfreiheit des Ostens gewöhnen konnten.

4. Dürfen wir über die „Entstehung der ukrainischen Nation“ während der „Orangenen Revolution“ sprechen, oder war die „Orangene Revolution“ das Ergebnis der vollzogenen Nationenbildung?

Ich würde schon sagen, dass die Orangene Revolution vor allem neue Impulse für die Bildung der neuen ukrainischen Nation anstößt. Selbst wenn ihr primäres Ziel – Demokratisierung – scheitern sollte, wird sie im kollektiven Bewusstsein der in den heutigen Grenzen ihres Staates lebenden Ukrainern als das wichtigste Ereignis ihrer Geschichte bleiben. Glauben Sie mir, es ist nicht schlecht für eine Nation, eine beeindruckende friedliche Bewegung gegen Lüge und Fälschung, Mafia und politischen Mord und für Menschenwürde, Freiheit und Unabhängigkeit als das wichtigste Ereignis der eigenen Geschichte zu haben.

Insofern sind die Ukrainer nach den Ereignissen vom November und Dezember 2004 eine andere Nation geworden. Die nationale Revolution ist in diesem Sinne vollzogen. Der Vollzug der politischen und der gesellschaftlichen Revolution wird dagegen noch Jahrzehnte dauern.

5. Man behauptet häufig, dass die Ereignisse in der Ukraine eigentlich von den äußeren Mächten (Russland und der Westen) gelenkt wurden, und die ukrainische Nation nur einen Spielball dieser Mächte darstellte.

Jene Menschen, die glauben, der Westen und Russland hätten die Orangene Revolution gesteuert, existieren tatsächlich. Es hat übrigens immer Menschen gegeben, die fest an Verschwörungen glaubten. Die Wahrheit ist aber, dass die politische Führung der ukrainischen Freiheitsbewegung klug genug war, materielle und logistische Unterstützung aus dem Westen anzunehmen, zumal es sich hier um die Hilfe von Privatpersonen handelte (was wiederum nicht bedeutet, dass sich kluge westliche Politiker über die Entwicklung in der Ukraine nicht freuen würden). Nun scheint mir die ideelle Hilfe des Westens zumindest ebenso bedeutsam gewesen zu sein. Die Idee eines Kompromisses, der auf der Unabhängigkeit der Entscheidung des Obersten Gerichts basierte, kam dabei aus Polen. Ich hätte nie einem Postkommunisten Kwaśniewski die Fähigkeit zugebilligt, einen solchen fantastischen Gedanken entwickelt zu haben, aber offenbar habe ich mich geirrt. In der Praxis bedeutete dieser Gedanke, dass die Ukraine freie Wahlen zeitgleich mit dem Aufbau eines Verfassungs- und Rechtsstaates einleitete. Einen besseren Start einer demokratischen Revolution kann man sich kaum vorstellen.

Weder die materielle noch die ideelle Unterstützung aus dem Westen hätten allerdings die Menschen dazu bringen können, wochenlang, im Frost friedlich auf die Straße zu gehen und die Bereitschaft zur Verteidigung ihrer Stadt gegen eine Staatsmafia zu demonstrieren, wenn sie ihre eigene Würde nicht entdeckt hätten. Die ukrainischen Ereignisse stellten vor allem in dieser moralischen Dimension eine Revolution dar. Und man kann den moralischen Wandel der Menschen kaum mit einem Ideenimport einleiten.

6. Wie passen in der modernen Welt „nationale“ und „demokratische“ Projekte zueinander?

Bei aller Affinität zwischen Nationalismus und Demokratie dürfen wir nicht vergessen, dass ein exklusiver Nationalismus, jener also, der die ethnisch Fremden herabwürdigt und ausschließt, die Demokratie unterminieren kann. Nun ist die vorkommunistische Tradition der Ukrainer und Belarussen keineswegs eine des exklusiven Nationalismus. Darauf gründe ich meine Überzeugung und Hoffnung, dass beide Völker demokratietauglich sind.

7. Es gibt die Meinung, dass im heutigen Osteuropa die Revolutionsprojekte nicht von bestimmten politischen Klassen oder Nationalbewegungen, sondern von den Kräften der Zivilgesellschaft entworfen werden.

Ich bin nicht der Meinung, dass die bürgerliche Gesellschaft (civil society) entscheidend war für die Revolution in der Ukraine oder in Serbien. Wenn die Menschen auf die Straße gehen, ist das bei weitem nicht automatisch Ausdruck bürgerlicher Aktivität. Gewiss war dies in der Ukraine, wo die bürgerliche Gesellschaft bestenfalls in Ansätzen existiert, nicht der Fall. Die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft sind selbst in den postkommunistischen Demokratien, wie in Polen, Litauen, Tschechien, der Slowakei oder Ungarn noch sehr unterentwickelt. In den posttotalitären Autoritarismen Osteuropas gibt es demgegenüber bestenfalls Enklaven der Zivilgesellschaft in einer weitgehend passiven, an die Omnipotenz des Staates gewöhnten non-civil-society.

8. Viele spielen heute mit Vorhersagen darüber, auf welches nächste autoritäre Regime das Schicksal der Ukraine oder Kirgisiens wartet. Wie wahrscheinlich ist in unserer Region ein Domino-Effekt hin zu einer neuen Demokratisierungswelle? Kommt ein „Frühling der Völker“?

Ich schaue ungern in die Zukunft. Trotzdem bin ich beinahe überzeugt, dass das Domino-Prinzip auch im Osten Europas seine Wirkung zeigen wird, wie dies in Mitteleuropa vor gut 15 Jahren der Fall gewesen war: Nach Polen kam Ungarn, dann die DDR, dann Bulgarien, die Tschechoslowakei, Rumänien usw. Diese Entwicklungen werden aber in Osteuropa nicht so schnell erfolgen wie in Zentraleuropa, weil die Nationenbildung in den meisten osteuropäischen Ländern noch nicht abgeschlossen ist. Die Gegner des autoritären Regimes haben deshalb große Probleme, ihre grundlegenden Ziele gemeinsam zu bestimmen, die politische Führung der Opposition gemeinsam zu ernennen und das Volk mit der Idee des nationalen Gemeinwohls gegen das Regime zu mobilisieren. Deshalb muss die

Verdorbenheit der Machthaber Osteuropas zunächst so offensichtlich werden, dass die einfachen Menschen es satt haben, mit den Kriminellen an der Macht auszukommen. Wenn sie dann gegen die verdorbene Elite demonstrieren und im Kampf gegen sie gegebenenfalls Opfer bringen, stellen sie spontan fest, dass sie Teil einer größeren, eben nationalen Einheit sind, die sich nicht mehr bieten lassen will, von Menschen regiert zu werden, die nur ihr eigenes Interesse sehen, und diesem Interesse in Zusammenarbeit mit einer fremden Macht nachgehen.

9. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Zukunft Belarus'?

Aufgrund besonderer historischer Voraussetzungen stellt der Sowjetmensch in Belarus tatsächlich den Grundtypus der politischen Kultur dar. Der Sowjetmensch ist ein Untertan, der vom Staat die Lösung seiner grundlegenden Probleme erwartet und dabei keine großen Ansprüche an den Staat stellt. Er ist selbstverständlich kein ausschließlich belarussisches Phänomen – auch die postkommunistischen Demokratien haben es mit dessen Erbe zu tun. Da der belarussische Präsident selbst ein Sowjetmensch ist und offenbar von den Bürgern und bürgerlichen Aktivitäten nichts hält, ganz zu schweigen von der bürgerlichen Demokratie, sind in Ihrem Lande die Bedingungen für die Konservierung der Mentalität von Sowjetmenschen ausgezeichnet. Ich bin aber davon überzeugt, dass der Sowjetmensch langfristig auch in Belarus keine Zukunft hat. Denn das Land kann sich nicht dauerhaft gegen die Entwicklungstendenzen seines Umfelds sträuben. Spätestens mit dem Ende des autoritären Regimes in Russland wird auch in Belarus ein aktiver Bürger gefragt sein.

10. Sie wissen über die belarussische Wirklichkeit Bescheid. Wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit eines revolutionären Szenarios in Belarus ein?

Die erste Variante, die dazu Anstoß geben könnte, habe ich bereits erwähnt – eine neue Politik Moskaus gegenüber Belarus. Darauf muss Ihr Land aber noch ziemlich lange warten. Eine andere Perspektive stellt ein Putsch gegen Lukaschenka im Herrschaftsapparat dar. Ich vermag nicht einzuschätzen, inwiefern er möglich ist. Aus der Entfernung vernehme ich kaum Anzeichen dafür. Wir dürfen nicht vergessen, dass Kutschma vom Sicherheitsapparat verlassen wurde, und zwar offenbar schon vor den Ereignissen des Novembers und Dezembers 2004. Die dritte Variante besteht schließlich in der erfolgreichen

Arbeit der Opposition. Diese hat auch in der ukrainischen Entwicklung die Hauptrolle gespielt. Die unverzichtbare Voraussetzung dieses Erfolges ist allerdings eine unumstrittene Führungspersönlichkeit. Der Oppositionsführer muss zwar mit Repression und mit Mordversuchen seitens des Regimes rechnen, aber er darf dieses Risiko nicht scheuen. Die zweite Voraussetzung ist die Geduld. Es wäre aberwitzig, zu glauben, dass man Lukaschenko mittels einer Wahl aus dem Amt vertreiben könnte. Man muss dagegen schon in Perspektiven von einigen Jahren konsequenter oppositioneller Arbeit denken. Wiktor Juschtschenko hat es übrigens vorgemacht. Die außenpolitischen Voraussetzungen sind dabei gar nicht so schlecht. Im Gegensatz zum Sturz der Kommunisten in Mitteleuropa muss Belarus heutzutage schließlich keine sowjetische (und auch keine russische) militärische Intervention fürchten.

11. Welche gesellschaftliche Gruppe könnte den Systemwechsel in Belarus tragen?

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet die Händler im gesamten Land in der letzten Zeit den Mut aufgebracht haben, gegen die Regierung zu demonstrieren. Die Opposition arbeitete klug, wenn sie die ökonomisch Selbstständigen zu ihrer Dauerbasis machen würde. Man braucht entschiedene und überzeugte Gegner des Systems der Staatswirtschaft und des Diebstahls. Der revolutionäre Sturz des heutigen Regimes durch die politische Opposition scheint mir aber ohne eine Volksbewegung wie in der Ukraine nicht möglich zu sein. Diese Bewegung kann vor allem mit moralischen und nationalen Lösungen mobilisiert werden.

„Politische Sphäre“ („Палітычная Сфера“) wurde von jungen Politologen der Belarussischen Staatlichen Universität (Minsk) im Jahre 2001 gegründet.

Das Ziel der Zeitschrift ist die Abwehr des ideologischen Drucks, der seitens der Behörden auf akademische Kreise ausgeübt wird. Die Herausgeber sehen ihre Mission darin, eine Ebene des freien analytischen Diskurses für alle diejenigen zu schaffen, die in der belarussischen Politikwissenschaft aktiv sind.

Obwohl die Mehrheit der Autoren und Mitglieder des Redaktionsrates in der demokratischen Bewegung aktiv ist, vertritt die Zeitschrift keine ideologische Linie. Sie orientiert sich an der demokratischen Tradition der westlichen Geisteswissenschaften.

Auflage – 300 Exemplare

Adresse des Redaktionsrates:

p/b

220012 Minsk

BELARUS

E-Mail: political_sphere@yahoo.com